

# turbine

M itte ilungsblatt der D K P für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 1

M ai 2016

Jahrgang 45

## Die Unternehmerangebote sind eine Provokation Solidarität mit den Streikenden !

**Tausende Beschäftigte beteiligten sich an Warnstreiks und Kundgebungen**

0,9 Prozent plus 0,3 Prozent Einmalzahlung. Das ist das niedrigste Angebot der Unternehmer, das die Beschäftigten je bekommen haben. Verlangt sind 5 Prozent. Zu Recht sprechen die Kolleginnen und Kollegen von einer Provokation und einer Kehrtwende in der Lohnpolitik. Wer so vorgeht, ist offensichtlich zum Konflikt bereit. Denn den Unternehmen geht es gut. Sie haben in den letzten Jahren hohe Renditen einfahren können. Grund dafür: Das Lohnniveau in Deutschland wurde entsprechend den Vorgaben der „Arbeitgeber“ gesenkt. *Stolz konnte der damalige Kanzler Schröder beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos Vollzug melden: „Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.“* Vorbehaltlose Unterstützung bekam er von SPD und Grünen, FDP und CDU/CSU.

Die einfache Erkenntnis, dass niedrige Löhne zu niedrigen Renten führen werden, bestätigt sich immer mehr. In Bezug auf Erwerbslose, so der Paritätische Wohlfahrtsverband, führt Deutschland sogar die europaweite Statistik der Armut bei Erwerbslosigkeit an.

Und weitere Angriffe drohen. Mit seiner Forderung eines späteren Rentenbeginns liegt Finanzminister Schäuble auf einer Linie mit den Unternehmern. Die Idee ist, das Renteneintrittsalter bis 2030 schrittweise auf 70 Jahre zu erhöhen. Das sollten wir uns nicht gefallen lassen.

Deshalb,  
raus auf die  
Strasse:  
Mehr Lohn,  
keine Renten  
kürzung, 30  
StundenWoche,  
gute Arbeitsbe  
dingungen.

*Die Reichen  
sind reicher  
geworden,  
die Armen  
zahlreicher!*



Die DKP  
bekundet ihre  
Solidarität auf  
der 1. MaiFeier  
des DGB vor dem  
Lokschuppen



**Wilhelm Benz**

Aktiv in  
ver.di + DGB  
Viele Jahre  
BR+ GBRVor  
sitzender.  
DKPKreisvor  
sitzender.

### Welche Fakten zählen bei einer Lohnforderung?

Eine tarifliche Lohnforderung ist keine willkürliche Grösse. Sie setzt sich aus folgenden Faktoren zusammen:

- Die Preisentwicklung, insbesondere der Waren des täglichen Bedarfs.
- Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität.
- Eine Umverteilungsrate.

Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne / Gehälter am Volkseinkommen, sank seit Beginn der Agenda2010 Politik.

### Reiche werden reicher Arme werden ärmer

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik hat mit Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit zu tun. Deshalb muss eine Umverteilungsrate in jeder Lohn- u. Gehaltstarifrunde, in der Forderung und in der Durchsetzung, berücksichtigt werden.

## Arbeit braucht Grenzen

Laut einer Studie zum DGBIndex „Gute Arbeit“ arbeitet jeder dritte Vollzeitbeschäftigte 45 Stunden pro Woche und mehr.

Viele Beschäftigte sind müde und ausgelaugt und gefährden mit überlangen Arbeitszeiten auf Dauer ihre Gesundheit.

„Die Ergebnisse des DGBIndexes sind alarmierend“, sagt HansJürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. „Die Arbeitszeit muss wieder auf ein gesundheitsverträgliches Mass reduziert werden.“

Die Normalarbeitszeit, so die DKP, muss auf 30 Stunden die Woche reduziert werden. „Früher, so sagen viele Kolleginnen und Kollegen, war ich nach der Arbeit müde. Heute bin ich kaputt.“

Der Arbeitszeitflexibilisierung müssen harte Grenzen gezogen werden und geleistete Überzeiten sind mit Zuschlägen in Freizeit auszugleichen.

Dieser Weg, so die DKP Heidenheim dient der Gesundheit, ist familienfreundlich, denn die Kinder werden sagen: *„So gehören Vater/ Mutter am Samstag wieder mir.“*

*Wer Montags gern zur Arbeit kommt,  
Und Dienstags auch mit Lust,  
Am Mittwoch pfeift und fröhlich ist.  
Und Donnerstags nicht flucht,  
Am Freitag singt aus voller Brust  
„Ein Tag so wunderschön wie heut“,  
Ist zwar ein großer Optimist,  
Doch schafft er nicht beim Voith.*

Das Gedicht eines Voithianers wurde erstmals in einer TURBINE im Juli 1983 veröffentlicht.



## Die Riester- Rente ist tot

### Wir wollen zurück zur paritätisch finanzierten Renten und Krankenversicherung

Ein Zurück zur paritätisch finanzierten Renten und Krankenversicherung bedeutet Fortschritt für die junge Generation und für alle Rentnerinnen und Rentner.

Mit der „BastaPolitik“, mit der Bundeskanzler Schröder seine HartzAgenda umsetzte, wird das Ziel, bei Krankheit und Alter den Lebensstandard zu sichern, nicht mehr verfolgt. Vom „Kanzler der Bosse“ profitieren im wesentlichen die Unternehmer. Den abhängig Beschäftigten Kolleginnen und Kollegen wurde als Ausgleich die private Zusatzversicherung nach dem damaligen IG Metalller und SPD Arbeitsminister Riester empfohlen. Heute wissen wir, dass weder das „Riestern“ noch eine andere private Zusatzversicherung die Rentenlücke schliesst.

### Nullrunden und Minusrunden

Seit dem Jahre 2000 gab es vier Nullrunden und sieben Minusrunden. Die Rentenerhöhungen waren demnach niedriger als die Inflationsrate. Während die Lohn und Gehaltsempfänger von 2001 bis 2015 im Durchschnitt ein Reallohnplus von 4,3 % verzeichnen können, müssen die Rentner einen erheblichen Kaufkraftverlust verkraften. Der Kaufkraftverlust bei der Rente von z.B. einer Höhe von 1.000, Euro zu Beginn 2000 hat trotz nominaler Rentenanpassungen heute nur noch eine Kaufkraft von rund 900, Euro.

### Alle Rentner\*innen aufgewacht und erkennt Eure Macht

Nein nicht nur die ältere Generation, die Opas und Omas sind gefordert. Gemeinsam mit der Jugend, den Schülern und Studenten und den Auszubildenden, geht es um die Zukunft im Alter.

Der sich bereits heute abzeichnenden dramatischen Altersarmut muss gewaltiger Widerstand entgegengesetzt werden. Die Zahl der Rentner unterhalb der Armutsschwelle hat sich seit 2005 um 46 % erhöht. Die Armutsquote lag 2014 bei 15,6% das sind 3.4 Mio. Rentner.

### Zur Bundestagswahl 2017 brauchen wir eine soziale Offensive

Diese Forderungen haben Priorität:

- Vollständige paritätische Finanzierung der Renten- und Krankenversicherung im Umlageverfahren durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
- Die Rentenerhöhungen an die Lohn / Gehaltsentwicklung koppeln.
- Das Rentenniveau auf **mindestens 53%** an heben.

Die junge und die alte Generation **gemeinsam** für eine

## Betrieb + Gewerkschaft

MegaStaudämme sind Umweltkiller

### VOITH Hydro mittendrin

Voith Hydro macht durch seine Beteiligung am Bau von MegaStaudämmen von sich reden.

Bereits in den 1970er Jahren wegen des Staudamms Cahora Bassa, der gegen die Freiheitsbewegung FRELIMO in Mosambik durchgesetzt wurde. Der Drei Schluchten Staudamm in China. Der Staudamm Itaipu zwischen Brasilien und Paraguay, dann das Belo Monte Kraftwerk am Rio Xingu. und jetzt das Tapajós Kraftwerk beide im Amazonasbecken. Der Hunger nach umwelt schädigenden Groß- und Prestige-Projekten scheint ungestillt.

Während der Bau von Belo Monte voranschreitet, bereitet die Wasserlobby den Angriff Tapajós vor. Insgesamt sollen rund 600 Wasserkraftwerke im Amazonasbecken gebaut werden.

Unvorstellbarer Flächenverbrauch, Vernichtung von lebenswichtigem Regenwald, Landraub, und Zwangsumsiedlungen der Bewohner, Bauern und Fischer und auch der indigenen Gemeinschaften.

#### Die Profiteure

Bei derartigen Megaprojekten, wird die als „Saubere Energie“ bezeichnete Wasserkraft in ihr Gegenteil verdreht. Gerade in den Tropen setzen solche Megastaudämme klimaschädliche Treibhausgase frei. Auch ist Wasserkraft nicht günstig, denn die Kosten der sozialen und ökologischen Folgen sind nicht eingerechnet und müssen von der Bevölkerung dort getragen werden. Im Falle Belo Monte profitiert z.B. nicht die lokale Bevölkerung von der gewonnenen Energie, sondern vor allem die Aluminiumindustrie.

#### Wer trägt die Verantwortung?

Es sind Europäische Konzerne wie Alstom (F), Andritz (AT), Voith Hydro (Joint Venture Siemens & Voith (D), Daimler (D), Arcadis (NL), Iberdrola (ES). Die Versicherungen: Münchner Rück (D), Allianz (D), ACE (CH), JLTRe (GB), ING (NL).

#### Voith stoppt einen Auftrag in Honduras!

Weil ein Auftraggeber vermutlich eine Projektgegnerin töten liess, legt Voith jetzt das Projekt vorläufig auf Eis.

Voith darf nicht nur weil die öffentliche Meinung kippt, bei solchen Projekten zögern, alle Forderungen müssen erfüllt werden.

#### Die Forderungen:

- Sofortiger Baustopp bis die aktuellen Probleme gelöst, die Auflagen erfüllt und die anhängenden Klagen entschieden sind. Andernfalls sofortiger Ausstieg der europäischen Unternehmen aus dem Projekt Belo Monte und den anderen.
- Einhaltung der Empfehlungen der Weltstaudammkommission bei allen Staudammprojekten sowie Verpflichtung der Konzerne auf Einhaltung internationaler Umwelt- und Menschenrechtsstandards.
- Verbindliche Regulierung der menschenrechtlichen Pflichten von Unternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten durch Parlamente und Regierungen.

## Kommunalpolitik

### Wohnungsleerstand sofort beenden!

Die Zweckentfremdungsverordnung der baden württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart zeigt erste Wirkungen. Bis Ende Februar waren bereits 50 Anzeigen beim zuständigen Baurechtsamt eingegangen.

Aufmerksame Bürgerinnen und Bürger wiesen darin auf Leerstand und gewerbliche Umnutzung von Wohnungen hin. Hinweise gab es auch auf illegale Ferienwohnungen.

Die DKP Heidenheim hat sich im Oktober 2015 ebenfalls mit einem Antrag an die Stadtverwaltung gewandt mit der Forderung, in Heidenheim eine „Satzung für ein Verbot der Zweckentfremdung“ also gegen den Wohnungsleerstand, zu beschließen. Der Oberbürgermeister antwortete, dass es in Heidenheim keinen großen Wohnungsmangel gäbe und daher der Erlass einer solchen Satzung zum jetzigen Zeitpunkt nicht rechtmäßig sei.

### Frau Merkel, Herr Gabriel: Hände weg von TTIP, CETA,

Die Investitions- und Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA bedrohen die kommunale Selbstverwaltung und schaffen eine Einbahnstraße in Richtung Privatisierung und Deregulierung.

Dagegen setzen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger zur Wehr.

Bei Großdemos in Berlin mit 250.000 und in Hannover mit 90.000 Menschen brachten sie mit vielen Gruppierungen, Organisationen und Parteien ihren Protest zum Ausdruck.

Bundeskanzlerin Merkel samt ihrer Regierungskoalition ist nicht Herrn Obama, sondern dem Volk verpflichtet.



*Troja  
Lässt  
grüssen!*

Denn solche :

- Freihandelsabkommen treiben die Privatisierung voran,
- Freihandelsabkommen schränken die kommunale Selbstverwaltung ein,
- Freihandelsabkommen schaffen Investitionsschutzklauseln um den Investoren ihre Profite zu sichern,
- Freihandelsabkommen richten sich gegen nationale, soziale und demokratische Rechte, gegen soziale Schutzbestimmungen.

Deshalb,

- Weg mit TTIP, CETA und TiSA.
- Kommunalpolitischer Widerstand jetzt. Keinen Maulkorb für Gemeinderäte.

Infos auch bei: [www.attac.de/ttipinkommunen](http://www.attac.de/ttipinkommunen)

# Vermischtes Informationen Meldungen

## Gegen Atomwaffen und Angriffskriege

**Kommunisten aus Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden treffen sich**

„Büchel ist überall atomwaffenfrei jetzt“ ist das Motto einer Aktion der Friedensbewegung, die am 26. März am Fliegerhorst Büchel in Rheinlandpfalz begonnen hat. 20 Wochen lang werden verschiedene Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen der Friedensbewegung, darunter die „Ärzte gegen Atomkrieg“, die Deutsche Friedensgesellschaft und viele örtliche Initiativen, in Büchel präsent sein, um gegen Atomwaffen und Angriffskriege zu protestieren. Auch die DKP beteiligt sich an der Dauermahnwache und übernimmt vier Tage lang die Präsenz. Vom 25. bis 28. Mai will sie gemeinsam mit Mitgliedern ihrer Schwesterparteien aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden vor Ort sein. Geplant sind verschiedene Diskussionsrunden und Treffen. Unter anderem mit Vertretern der vier Parteien zu den Aufgaben der Friedensbewegung heute und zur Geschichte des Militärstandortes und des Widerstandes in Büchel. Auf einer Kundgebung am 28. Mai 2016 soll die Aktionswoche der Kommunistischen Parteien mit einer Kundgebung enden. Ein Sprecher wird Patrik Köbele (Vorsitzender der DKP) sein.

## Ein teuflischer Pakt EU verabschiedet sich vom Völkerrecht

Die Genfer Flüchtlingskonvention wird mit den begonnenen Massenabschiebungen von Griechenland in die Türkei ausser Kraft gesetzt. Die Türkei soll als sicherer Drittstaat erklärt werden. Es gibt für nichteuropäische Flüchtlinge keinen Schutzstatus. Die EU finanziert stattdessen den Bau von Internierungslagern, die eigens für aus Griechenland abgeschobenen Flüchtlingen sind.

### Schweigen als Gegenleistung?

Für die EUStaaten, insbesondere die BRD, spielen die Menschenrechtsverletzungen und die Unterstützung des Terrors durch die Türkei keine Rolle. Der türkische Staat unterstützt nicht nur nachweislich den IS. Erdogan führt gleichzeitig einen blutigen Krieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen die Kurden im Südosten der Türkei. Über 30 000 Kurden sind inzwischen getötet worden, Tausende fliehen vor den willkürlichen Verfolgungen der türkischen Sicherheitskräften.

Die Bundesregierung und die EU wissen das, doch sie brauchen die Türkei als Komplizen bei der Abschottung Europas gegen Flüchtlinge. Das ist ein Freibrief für den brutalen Krieg, für die Beseitigung der Pressefreiheit und die Unterdrückung der Opposition in der Türkei.

ViSDP: W. Benz DKPHeidenheim

## Die Armut in unserem reichen Land nimmt zu

Die Zahl der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern hat sich laut Statistischem Bundesamt zwischen 1996 und 2014 von 1,3 auf gut 1,6 Millionen erhöht.

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert mehr Unterstützung für Alleinerziehende und ihre Kinder. Alleinerziehende seien besonders stark von Armut betroffen. Die Leidtragenden seien vor allem die Kinder.

In einer Stellungnahme für den Bundestags Familienausschuss fordert der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerks, Holger Hoffmann, in einem ersten Schritt die HartzIVRegelsätze für Kinder und deren Eltern deutlich Anzuheben. Rund 2,3 Millionen Kinder wachsen in Deutschland in alleinerziehenden Familien auf.

Die DKPHeidenheim hat in den vergangenen Jahren immer wieder an den Gemeinderat einen Antrag zur Erstellung eines Armutsberichtes gestellt. Zuletzt am 19.10. 2015. In einem Antwortschreiben an DKP Stadtrat Püschel verweigerte OB Ilg den Antrag auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen. Seiner Meinung nach wäre es die Aufgabe des Landkreises, einen entsprechenden Bericht zu erstellen.

## Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung  
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten  
Veröffentlichungen kosten Geld!  
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

**IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03**

**BIC: SOLADES1HDH**

Kreissparkasse Heidenheim

## Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ Zeitung der DKP
- Einen Aufnahmeantrag zur Mitgliedschaft

Name, \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail + \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: Wilhelm Benz, Schumannstrasse 3,  
89518 Heidenheim  
wilhelm.benz@dgp-heidenheim.de